



**Stoppt den  
Waffenhandel!**

### **Frage des Monats**

**Gruppen der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! wenden sich an ParteivertreterInnen und Bundestagsabgeordnete, damit sich diese für ein Verbot von Rüstungsexporten einsetzen. Die pax christi Gruppe Münster hat dazu die "Frage des Monats" entwickelt. Dabei legt sie den Politikern des Wahlkreises in vierwöchentlichem Abstand eine Frage Thema zum Waffenhandel vor.**

### **Frage des Monats Oktober 2012**

„Deutsche Kleinwaffenproduzenten verdienen am hunderttausendfachen Tod von Menschen in der ganzen Welt, allen voran Hecker & Koch.

**Wir meinen:** Firmen wie Heckler & Koch sind nicht nur für die 'Qualität' ihrer Produkte verantwortlich, sondern auch mitverantwortlich für das, was mit diesen Waffen auf der ganzen Welt passiert. Die Firma sollte mit allen politischen Mitteln zur Umstellung auf rein zivile Güter veranlasst werden, z.B. aus dem Bereich der Medizin- oder Umwelttechnik.

**Wir fragen Sie:** Unter welchen Umständen würde Ihre Partei Heckler & Koch die Produktionsgenehmigung für Waffen entziehen? Wie sollten Anreize für Kleinwaffenproduzenten zur Konversion aussehen?“

### **Es antworteten**

- Marc Würfel-Elberg, CDU, 21.10.2012
- Christoph Strässer, SPD, 25.10.2012
- Winfried Nachtwei, Grüne, 31.10.2012

### **Für die CDU antwortete Marc Würfel-Elberg am 21.10.2012**

Wir bedauern, dass Kleinwaffen in falsche Hände geraten und zu illegitimen Handlungen eingesetzt werden. Die Lösung dieses Problems liegt in einer effektiven Umsetzung einer restriktiven Rüstungsexportpolitik, wie wir dies bereits in den vorangegangenen Monaten skizziert haben. Menschen haben einander leider immer wieder umgebracht – und wie die Geschichte zeigt – auch ohne Handfeuerwaffen. Landwirtschaftliche Werkzeuge wie z.B. Macheten wurden noch 1994 beim Völkermord in Ruanda eingesetzt und über ein Drittel der Opfer wurden mit diesen Werkzeugen auf bestialische Weise getötet.

Rüstungsunternehmen verdienen zwar am Verkauf von Waffen, aber nicht am Tod von Menschen. Deshalb ist es vor allem wichtig, die Spirale der Gewalt in Krisengebieten zu durchbrechen, Kinder zur Schule zu schicken, Milizen zu entwaffnen und staatliche Strukturen aufzubauen – zu denen auch Sicherheitskräfte gehören.

Legitime Sicherheitskräfte im In- und Ausland können von Kleinwaffenproduzenten entsprechend der geltenden Rüstungsexportvorschriften und Produktionsrichtlinien beliefert werden. Heckler & Koch z.B. rüstet auch unsere deutsche Bundeswehr aus. Ein Entzug der Produktionsgenehmigung käme nach unserer Auffassung nur in Betracht, wenn gegen die geltenden Rüstungsexportbestimmungen nachweislich verstoßen würde oder die Produkte aufgrund von Qualitätsmängeln die Sicherheit unserer Soldaten gefährden würden.

Würde man unsere deutschen Rüstungsunternehmen dazu veranlassen, ihre Produktion auf andere Güter umzustellen, müssten wir Rüstungsgüter aus dem Ausland importieren und darüber hinaus würden wir unsere Technologieführerschaft in vielen Bereichen der Rüstung aufgeben. Das halten wir für abwegig und für die Sicherheit Deutschlands und seiner Partner nicht förderlich.

### **Für die SPD antwortete Christoph Strässer, MdB, Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Deutschen Bundestag, am 25.10.2012**

Mit zwei konkreten Anträgen hat sich die SPD-Bundestagsfraktion in den vergangenen Monaten um die Regulierung des Kleinwaffenhandels sowie um eine größere Transparenz und weitgreifende Beteiligungsrechte des deutschen Parlaments bei Rüstungsexporten bemüht. Ich bin überzeugt, dass das Parlament das Recht und die Pflicht hat, sich bei einem solch sensiblen Thema einzumischen und entsprechende Prozesse aufmerksam zu verfolgen. Gleichzeitig wollen wir so versuchen, die derzeit ausufernden Rüstungsexporte stärker zu reglementieren.

Da es in den letzten Jahren zu einer zunehmenden Privatisierung im Bereich von militärischen und sicherheitspolitischen Gütern und Leistungen gekommen ist, gilt es diesen auch verstärkt zu beobachten. So wollen wir, basierend auf den Normen und Werten des Montreux-Dokuments, eine Registrierungs- und Mitteilungspflicht für die in Deutschland ansässigen privaten Sicherheitsfirmen und Militärdienstleister und ihre ausländischen Vertragsabschlüsse einführen. Weiterhin sollten die Tätigkeiten dieser Unternehmen in die Systematik der Rüstungsexportkontrollen integriert werden. So könnten auch Firmen wie Heckler & Koch stärker kontrolliert werden. Derzeit üben Rüstungsfirmen ihre Tätigkeiten oft mehr oder minder unbeobachtet aus; eine entsprechende Kontrolle und Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit fehlt. Dies wäre ein wichtiger Ansatzpunkt. Denn wenn Firmen verpflichtet würden, ihre Tätigkeiten und ihren Handel mit militärischen und sicherheitsrelevanten Gütern und/oder Dienstleistungen offen zu legen, könnte auch mehr Druck auf die Firmen ausgeübt werden. Einen Entzug von Produktionsgenehmigungen und/oder Verpflichtungen zur Produktion bestimmter Güter mittels politischer Maßnahmen erscheint mir nicht möglich.

2

Durch eine stärkere Kontrolle bei Rüstungsexporten und eine höchstmögliche Transparenz bei derartigen Geschäften kann und muss vermieden werden, dass deutsche Firmen direkt und indirekt an dem Leid, welches durch Kleinwaffen angerichtet wird, beteiligt sind und sogar Geld daran verdienen. Von einer aufmerksamen, kritischen Öffentlichkeit und einem kontrollierenden Parlamentsgremium erhoffe ich mir viel.

### **Für die Grünen antwortete Winfried Nachtwei (ehemals MdB) am 31.10.2012**

Bis 2003 wurden 7-10 Millionen Heckler & Koch-Schnellfeuergewehre G3 produziert (von der Kalaschnikow 70-100 Mio.). H&K-Kleinwaffen wurden und werden von Polizeien und anderen Sicherheitskräften in mehr als 90 Ländern und in vielen Krisen- und Kriegsgebieten eingesetzt. Zum Beispiel im ersten Golfkrieg auf Seiten des Iran, im zweiten Golfkrieg auf Seiten Saudi-Arabiens und Pakistans, in der Türkei 1984 - 1999, in portugiesischen Kolonialkriegen, in Birma, Philippinen, Indonesien, Sudan, Tschad, Südafrika u.a. Die Massenvernichtungswirkung von H&K-Kleinwaffen wurde ermöglicht durch extensive G3-Ausfuhrgenehmigungen an über 80 Staaten (bis 1988) und die hemmungslose Vergabe von

Lizenzen an insgesamt 16 Staaten in den 60er und 70er Jahren – darunter Portugal, an Pakistan, Iran, Türkei, Saudi-Arabien, Thailand, Brasilien, Mexiko etc. Die Hauptverantwortung dafür tragen in erster Linie die damaligen Kanzler von Adenauer bis Schmidt, Verteidigungsminister von Strauß bis Apel und Wirtschaftsminister von Lambsdorff bis Rexrodt. Die Nachfolgeregierungen ließen die laufenden Lizenzproduktionen ungeschoren. Die reale Rüstungsexportpolitik gerade zu den Kleinwaffen gehört zu den Großskandalen der bundesdeutschen Geschichte.

Richtig ist, dass H&K mitverantwortlich dafür ist, ob die produzierten Waffen an verlässlich-rechtsstaatliche Sicherheitskräfte gehen oder Öl ins Feuer von Gewaltkonflikten und Menschenrechtsverletzungen sind. Unbestreitbar ist aber auch, dass deutsche Sicherheitskräfte nicht auf Kleinwaffen verzichten können. Eine Einstellung der Kleinwaffenproduktion von H&K wäre notwendig bei massiven Gesetzesverstößen. Solange die nicht nachweisbar sind, sind Herstellung von Transparenz, verschärfte Exportrichtlinien (darunter Verbot der Lizenzvergabe an Drittstaaten) und Abbau europäischer Überkapazitäten die dringlichsten politischen Schritte. Überfällig wäre jetzt eine parlamentarische Untersuchung zur Kleinwaffenexportpolitik. Sie könnte Licht ins Dunkle bringen und politischen Druck aufbauen. Möglichkeiten der Konversion können seriös am besten von Insidern der entsprechenden Produktionsfelder beurteilt werden, ggf. in Kooperation mit Arbeitskreisen der IG Metall. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte sind ermutigend.

*(leicht gekürzt auf 30 Zeilen)*